



## **Darmstädter Bündnis für bezahlbaren Wohnraum**

Dr. Peter Ramsauer  
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Invalidenstr. 44  
10115 Berlin

c/o Walter Erb  
DGB Stadtverband Darmstadt  
Rheinstr. 50  
64283 Darmstadt

walter.erb@t-online.de

Darmstadt, den 08.03.2013

### **Offener Brief bezüglich der Nutzung von Konversionsflächen in Darmstadt**

Sehr geehrter Herr Dr. Ramsauer,

in Darmstadt herrscht großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Betroffen sind vor allem Studierende, Rentnerinnen und Rentner und ganz allgemein Menschen mit geringem Einkommen. Der Mieterbund Darmstadt, die beiden Darmstädter Studierendenvertretungen und der DGB Stadtverband haben sich zu einem Bündnis für bezahlbaren Wohnraum zusammengeschlossen und das Ziel gesetzt, auf allen Ebenen Druck zu machen, damit sich daran etwas ändert.

Wie Sie wissen ist Wohnen ein existenzielles Bedürfnis. Daher ist es eine existenzielle Bedrohung, wenn es nicht möglich ist, zu einem angemessenen Preis eine Wohnung zu finden. Nicht wenige Menschen in unserer Stadt befinden sich in dieser materiell und psychisch belastenden Notlage. Die öffentlichen Institutionen sind in der Pflicht, alles Mögliche zu veranlassen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aus diesem Grund wenden wir uns auch an Sie.

Nun obliegt es natürlich in erster Linie der Kommune, mit den Instrumenten des Bauplanungsrechts die Stadtentwicklung so zu steuern, dass Investitionen allen Bevölkerungsteilen zugute kommen. Auch für die – aus unserer Sicht unzureichende – Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus ist Ihr Ministerium nicht mehr direkt zuständig. Ihre Unterstützung erhoffen wir uns bezüglich der großen brach liegenden Flächen und ungenutzten Wohngebäude, die sich im Besitz des Bundes, also der BImA befinden. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei in Darmstadt zur Zeit dem Gelände des ehemaligen Lincoln Village zu. Dort stehen seit 5 Jahren, gut sichtbar aber durch einen Stacheldrahtzaun abgesperrt, bewohnbare Häuser leer. Die Stadt hat bereits eine Rahmenplanung für einen neuen Stadtteil mit ca. 1.500 Wohneinheiten verabschiedet. Trotzdem bewegt sich auf diesen Flächen nichts, denn die Verhandlungen über den Verkauf der Flächen ziehen sich seit Jahren ohne Ergebnis hin. Nicht einmal für studentische Zwischennutzung konnte das Studentenwerk eine finanziell tragbare Vereinbarung mit der BImA erzielen. Das ZDF berichtete darüber am 2.3. im Länderspiegel unter der Rubrik „Hammer der Woche“.

Ende November 2012 hatten Sie vorgeschlagen, leer stehende Kasernen als Unterkünfte für Studierende zu nutzen. Dieser Vorstoß geht in die richtige Richtung, wenngleich er aus unserer Sicht zu sehr auf eine Gruppe von Wohnungssuchenden fokussiert ist. Wir wollen, im Einklang mit den Plänen der Stadt, auf dem Gelände des Lincoln Village mindestens 30 Prozent Sondernutzung für sozial geförderte und studentische Wohnungen. Darüber hinaus fordern wir die Bereitstellung von weiteren 30 Prozent besonders preiswerter Wohnungen. Dadurch würde der Darmstädter Wohnungsmarkt erheblich entlastet.

Doch diese Ziele werden nicht finanzierbar sein, wenn der Bund dabei bleibt, die Grundstücke nur meistbietend verkaufen zu wollen. Die BImA muss von ihrer bisherigen unflexiblen Geschäftspolitik Abstand nehmen und unter bestimmten Bedingungen die Flächen vergünstigt an öffentliche oder private Investoren abgeben. Auf den Widerspruch zwischen Ihrem Vorschlag und der Politik des Bundesfinanzministeriums wurden Sie bereits von anderer Seite hingewiesen, wie das „Darmstädter Echo“ am 27.2. dieses Jahres berichtete. Eine Reaktion Ihrerseits ist nicht öffentlich bekannt geworden. Wir richten deshalb erneut – als Sprachrohr der betroffenen Bürgerinnen und Bürger – an Sie die dringliche Bitte, sich beim Finanzministerium dafür einzusetzen, dass beim Verkauf von Konversionsflächen künftig die lokale Wohnungsnot und Kriterien der sozialen Stadtentwicklung stärker berücksichtigt werden. Wir bitten Sie auch, uns so bald wie möglich mitzuteilen, ob es gelungen ist, die politischen Rahmenbedingungen für die Realisierung Ihres Vorschlags zu schaffen.

Die Bürgerinnen und Bürger Darmstadts haben mittlerweile jedes Verständnis für das Verantwortungs-Ping-Pong der verschiedenen politischen Ebenen verloren. Dieser Verteilungskampf zwischen den öffentlichen Kassen führt dazu, dass öffentliches Eigentum mehr als 5 Jahre lang ungenutzt brach liegt. Das ist ein gravierender Fall von Verschwendung von Steuergeldern zum Nachteil der Mieterinnen und Mieter in Darmstadt. Die Darmstädterinnen und Darmstädter erwarten von ihrer Stadt, dass sie die Entwicklung des Lincoln-Village und auch des benachbarten Jefferson-Village mit hoher Priorität voran treibt und die soziale Ausgewogenheit der Investitionen fördert und kontrolliert. Aber sie wissen auch, dass zuvor die Bundesregierung ihren Teil zur Beendigung der staatlichen Selbstblockade beitragen muss, und werden dies ausdauernd und öffentlichkeitswirksam einfordern.

Wir hoffen auf eine Antwort, und heißen Sie herzlich willkommen, wenn Sie sich vor Ort ein Bild von der Situation machen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Eib